



Presseerklärung

Mainz, den 09.02.2006

--

Landeselternbeirat stellt seine Positionen den Parteiprogrammen gegenüber

Auf seiner Sitzung am 26. Januar hatte der Landeselternbeirat die bildungspolitischen Sprecherinnen und Sprecher der Landtagsparteien zu Gast. Die Mitglieder hatten Gelegenheit, die Positionen des Landeselternbeirats mit den Parteiprogrammen zu vergleichen.

Frühe Förderung

Schon nach der Veröffentlichung der ersten PISA-Ergebnisse hat der LEB in seiner Stellungnahme gefordert, die Bildung vom Kopf auf die Füße zu stellen. Die Förderung, insbesondere die Sprachförderung, muss bereits in der Kindertagesstätte beginnen und dann in der Grundschule fortgesetzt werden. Für die Gestaltung entsprechender Rahmenbedingungen müssen ausreichend finanzielle Mittel zur Verfügung gestellt werden.

Die Regierung setzt gerade ein anspruchsvolles Programm mit dem Namen „Zukunftschance Kinder – Bildung von Anfang an“ um, dessen Realisierung in der nächsten Legislaturperiode fortgesetzt werden soll. Auch die Oppositionsparteien legen den Schwerpunkt auf die frühe Förderung, auf Sprachstandserhebungen vor der Einschulung, Sprachförderung in der Kindertagesstätte, einen effizienter gestalteten Übergang von der Kindertagesstätte in die Grundschule und auf individuelle Förderung in der Grundschule.

Alle Parteien wollen die Höhe der Mittel auch bei sinkenden Schülerzahlen erhalten oder gar ausweiten.

Unterschiede liegen im Detail: SPD und FDP haben bereits am Ende der jetzigen Amtsperiode das letzte Kindergartenjahr beitragsfrei gestellt und in ihrem Programm „Zukunftschance Kinder – Bildung von Anfang an“ umfangreiche Maßnahmen zur elementaren Bildung und Sprachförderung eingeleitet. Die CDU verspricht für den Fall eines Regierungswechsels ab 2007 den komplett beitragsfreien Kindergarten und umfangreiche Änderungen im Grundschulbereich: die Einschulung mit fünf Jahren, eine flexible altersgemischte Eingangsstufe, kleine Lerngruppen von maximal 20 Kindern und zwei Pädagogen pro Lerngruppe. Auch die Grünen wollen in die Elementar- und die Primarbildung mehr investieren. Sie fordern, die Erzieherinnen und Erzieher an Fachhochschulen höher zu qualifizieren. Wie die CDU plädieren sie für eine altersgemischte flexible Eingangsstufe in der Grundschule, wollen jedoch die Schulpflicht mit sechs Jahren belassen.

Der Landeselternbeirat hält den Focus der Parteien auf die frühe Förderung in Kindertagesstätte und Grundschule für richtig gesetzt: „Auf den Anfang kommt es an.“ Den Ersatz der ersten beiden Grundschuljahre durch eine flexible altersgemischte Eingangsstufe würden die Mitglieder begrüßen, die verpflichtende Einschulung mit fünf Jahren lehnen sie ab.

Schullaufbahneempfehlung / länger gemeinsam lernen

Den Übergang von der Grundschule in die Sekundarstufe I sehen die Parteien höchst unterschiedlich: Die SPD will die jetzige Regelung einer nicht verbindlichen Grundschulempfehlung beibehalten. Die FDP will die Schullaufbahneempfehlung der Grundschule verbindlich machen. Wenn die Eltern eine höhere Schulart wollen, muss das Kind an einem Probeunterricht teilnehmen oder eine Aufnahmeprüfung bestehen. Die CDU plant zwar nicht die Verbindlichkeit der Grundschulempfehlung einzuführen, will ihr jedoch ein höheres Gewicht verleihen. Bei der Anmeldung in der weiterführenden Schule soll sie vorgelegt werden müssen. Die Korrektur soll, auf Beschluss der Klassenkonferenz, schon während der 5. Klasse erfolgen können.

Einzig die Grünen entkommen dem Problem der frühen Entscheidung für eine bestimmte Schullaufbahn, bei der sich Eltern wie Lehrkräfte gleichermaßen irren können. Sie fordern ein längeres gemeinsames Lernen und entsprechen somit der Position des Landeselternbeirats. Der favorisiert ein gemeinsames Lernen von mindestens sechs Jahren.

Solange sich an der frühen Entscheidung für eine Schulart im gegliederten Schulsystem nichts ändert, lehnt der Landeselternbeirat jedenfalls die Verbindlichkeit der Grundschulempfehlung strikt ab. Die Entscheidung für die Schullaufbahn ihrer Kinder können die Eltern nicht aus der Hand geben. Dass sich die Lehrkräfte häufiger irren als die Eltern, belegt eine Studie auf der Basis

repräsentativer PISA-Daten, nach der mehr als zwei Drittel der Rückläufer aus Gymnasium und Realschule ihre Wahl aufgrund einer (falschen) Grundschulempfehlung getroffen hatten.

Abschlussprüfungen nach der neunten, zehnten und zwölften Klasse

Die FDP fordert Abschlussprüfungen für die Hauptschule und die Realschule, die CDU will Abschlussprüfungen nach der 10. und nach der 12. Klasse einführen. Dagegen spricht nach Meinung des Landeselternbeirats, dass sich die Schülerinnen und Schüler in aller Regel schon mit früheren Zeugnissen auf Ausbildungsstellen bewerben. Die Vergleichbarkeit von Abschlüssen wird nach Meinung der Eltern durch die nationalen Bildungsstandards ausreichend garantiert. Abschlussprüfungen würden lediglich das Pauken für die Prüfung fördern.

Achtjähriges Gymnasium (G8)

Während die SPD das rheinland-pfälzische Modell des „vorgezogenen Abiturs“ beibehalten will, plant die CDU die Einführung der achtjährigen Gymnasialzeit wie in anderen Bundesländern. Mit Blick auf deren Erfahrungen lehnt der Landeselternbeirat eine weitere Verkürzung der Schulzeit derzeit ab. Der Stress für die Schülerinnen und Schüler wird erheblich erhöht und zwar bereits ab der siebten Klasse, die Durchlässigkeit wird gefährdet und die Zahl derer, die das Abitur nicht schaffen, wird erhöht. Die baulichen Voraussetzungen für einen dann ab Jahrgang 7 notwendigen Nachmittagsunterricht und entsprechende Mittagsversorgung sind bei den hohen Schülerzahlen derzeit ebenfalls nicht gegeben.

MSS / Zentralabitur

Ebenso ablehnend stehen die Eltern der Abschaffung der Mainzer Studienstufe gegenüber. Die CDU will die Wahl von drei Leistungskursen durch die Wiedereinführung der Fächer Deutsch, Mathematik und einer Fremdsprache als Kernfächer ersetzen. Zusätzlich soll in mindestens einem Profil- und Neigungsfach ebenfalls eine schriftliche Prüfung abgelegt werden. Die jetzige Setzung von studiumsrelevanten Schwerpunkten in der Oberstufe ist aus Sicht des Landeselternbeirats positiv.

Auch der CDU-Forderung nach einem Zentralabitur können sich die Eltern derzeit nicht anschließen.

Eigenverantwortliche Schule

Der Landeselternbeirat hat schon in seinem Positionspapier zur notwendigen Entwicklung der Gymnasien darauf hingewiesen, dass die Schulen mehr Verantwortung für die Gestaltung ihrer Arbeit erhalten und demnach Verantwortung für ihre Arbeitsergebnisse übernehmen müssen. Die Personalführung und das Management insgesamt sollen stärker bei den Schulleitungen vor Ort liegen, die sich für diese neuen Aufgaben selbstverständlich qualifizieren müssen. In diesem Zusammenhang hat der Landeselternbeirat auch den Modellversuch „Eigenverantwortliche Schule“ begrüßt, in dem Schulen von Vorgaben der Schulordnung befreit werden und neue Wege ausprobieren können. Leider nehmen nur wenig Schulen an diesem Versuch teil.

- Sehr attraktiv und nahe an Visionen des Landeselternbeirats fanden die Eltern die Vorstellungen der Grünen von einer neuen Schule, die ihre Belange selbstständig regelt, die die Verantwortung für ihre Arbeit übernimmt und die die wichtigen Entscheidungen in einer demokratisch gewählten Schulkonferenz trifft. Auch Pläne der FDP, den Schulen ein eigenes Budget für Personal zuzuweisen und die Fortbildung der Lehrkräfte verbindlich zu machen, unterstützen die Eltern.

Bildungshaushalt

Ganz im Sinne der Eltern sind natürlich Versprechungen der aktuellen Oppositionsparteien 900 neue Lehrerstellen zu schaffen, die Lehrerfeuerwehr wesentlich zu vergrößern, die Lerngruppen in der Grundschule zu verkleinern, die Schulsozialarbeit und den schulpsychologischen Dienst auszubauen sowie die Lernmittelfreiheit und kostenlose Mahlzeiten in echten Ganztagschulen einzuführen. Nicht plausibel wurde jedoch, wie dies alles finanziert werden soll bei gleichzeitigem Abbau der Schulden.

Sehr wohl gehört haben die Eltern die Zusage aller Parteien, dass zurückgehende Schülerzahlen kein Anlass für die Streichung von Mitteln oder Stellen sein sollen.

Die der Presseerklärung ursprünglich beigeheftete Übersicht, in der die jeweiligen Positionen der Parteien und des Landeselternbeirats tabellarisch gegenübergestellt waren, wird nicht abgedruckt. Leider ist nicht auszuschließen, dass sie als Wahlempfehlung missverstanden werden könnte. Der Landeselternbeirat sieht sich als unabhängiges und Überparteiliches Gremium in der Pflicht, jeden Anschein der Wahlbeeinflussung zu vermeiden.